

---

# „Nur Ratsbeschluss umgesetzt“

**MARTINSHÖHE:** Ortsbürgermeisterin Schommer zu Werner Holz' Angriffen

Die Martinshöher Ortsbürgermeisterin Brigitte Schommer (SPD) betont, sie führe mit den angekündigten Gesprächen mit der Verbandsgemeinde Landstuhl wegen eines Ortswechsels lediglich einen Ratsbeschluss aus. Dies entgegnet sie Werner Holz (SPD), Bürgermeister der VG Bruchmühlbach-Miesau, der sich verwundert darüber zeigte, weil sie doch als Bürgermeisterkandidatin für die VG Bruchmühlbach-Miesau bereit stehe (wir berichteten am 27. Dezember).

Schommer berichtet, dass der Ortsgemeinderat Martinshöhe am 10. Dezember durch Werner Holz sehr umfassend über den Sachstand zur Kommunal- und Gebietsreform informiert worden sei. Es bestehe Aussicht auf eine „kleine“ Fusion mit der VG Waldmohr. Dies sei jedoch lediglich die „persönliche und private“ Meinung von Bürgermeister Rudi Agne (SPD), weshalb man einen Beschluss des VG-Rates Waldmohr abwarten müsse. Da die Landesregierung einer einvernehmlichen Lösung positiv gegenübersteht, sollte einer solchen eigentlich nichts im Wege stehen, hieß es in der Sitzung.

Sollte die VG Waldmohr dieser Lösung jedoch nicht zustimmen, werde die Landesregierung vermutlich die Zwangsfusion der Verbandsgemein-

den Schönenberg-Kübelberg, Waldmohr und Bruchmühlbach-Miesau vorantreiben, gibt Schommer wieder. Diese Variante wurde laut Schommer von den Ratsmitgliedern vehement abgelehnt, „da keinerlei Beziehungen, auch keine historischen, zu den Orten der VG Waldmohr und/oder Schönenberg-Kübelberg bestehen“.

In der Ratsitzung wurde laut Schommer ein FWG-Antrag gestellt, die Ortsbürgermeisterin sollte mit den Orten sprechen, die sich in der Vergangenheit mit dem Thema VG Bruchmühlbach-Miesau beschäftigt haben (Bechhofen und Hauptstuhl) und mit der VG, zu der seit Jahrhunderten historische Beziehungen bestehen, also Landstuhl. „Diesem Antrag wurde mit zwölf Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen zugestimmt.“

„Was in Gottes Namen reitet den Bürgermeister der VG, der Ortsbürgermeisterin zu unterstellen, sie wolle nach Landstuhl wechseln?“, entzündet sich Schommer. Wenn der Gemeinderat einen Beschluss fasst, sei es Aufgabe des Bürgermeisters, diesen umzusetzen unabhängig von der persönlichen Meinung. „Und genau diesem Auftrag bin ich als Ortsbürgermeisterin verpflichtet und werde Gespräche mit dem BM der VG Landstuhl führen“, betont sie.

Eigentlich sollte sich Holz fragen, meint Schommer, warum seine Aus-

führungen bei den Ratsmitgliedern in Martinshöhe zu diesem Beschluss geführt haben. „Sind es vielleicht Enttäuschungen über Entscheidungen oder Prognosen der letzten Jahre, die den Gemeinderat nach Alternativen suchen lässt, da nur Bemühen ohne Erfolg nicht ausreichend erscheint?“, mutmaßt sie. „Oder ist es vielleicht die Verantwortung, dessen sich der Rat bewusst ist, die Bürger in den Gemeinden zu vertreten und sich ein eigenes, ungefiltertes Bild zu machen?“

Schommer unterstreicht, dies sei gelebte Demokratie, und auch wenn die Beschlüsse nicht sofort nachvollziehbar seien, sei es ihr lieber, dass sich alle Gedanken machen und auch mal unliebsame Beschlüsse fällen.

Was jedoch das Ansinnen des Gemeinderates Martinshöhe mit der Delegiertenkonferenz des SPD-Gemeindeverbandes am 8. Januar zu tun habe, erschließe sich ihr nicht. „Es sei denn, es ist die Absicht des Bürgermeisters und Vorsitzenden des Gemeindeverbandes, die in der Vorstandssitzung des Gemeindeverbandes geäußerte Ablehnung einer eventuellen Kandidatin Barbara Schommer zu unterstreichen und öffentlich zu machen“, vermutet sie. „Das in der RHEINPFALZ ironisch eingekreiste ‚Hauen und Stechen um den Spitzenplatz‘ hat offensichtlich begonnen“, lautet ihre Schlussfolgerung. (red)

---